



von Helmut Markwort

## Den Leipzigern droht im September ein Gewalt-Desaster

Dienstag

**D**ie Leipziger können einem leidtun. Sie haben innerhalb ihrer Stadt ein Riesenproblem und werden dafür von außen noch kritisiert. Der südliche Stadtteil Connewitz hat sich zu einem Zentrum des Linksextremismus entwickelt. Radikale und Gewalttäter, oft verharmlosend als Autonome bezeichnet, terrorisieren Geschäfte und Anwohner. Das Land Sachsen und die Stadt Leipzig lassen es zu, dass einige wenige Bewohner ein Stadtviertel zu einem gewaltbereiten Quartier aufrüsten wie ihre Vorbilder im Hamburger Schanzenviertel und in der Rigaer Straße in Berlin.

Jetzt hat ihnen Kanzlerin Merkel noch eine Chance zur negativen Profilierung geschenkt. Auf ihren Vorschlag hin treffen sich im September ausgerechnet in Leipzig die 27 Regierungschefs der EU-Staaten mit dem Staatschef von China zum EU-China-Gipfel.

Während die Politiker auf Kosten des Auswärtigen Amtes das Verhältnis zwischen der EU und China verbessern wollen, rüsten die Chaoten aus Connewitz zu Krawall und Gewalt.

Kaum war das Datum des Treffens bekannt, mussten Verfassungsschützer beobachten, dass sich die Linksterroristen aus Leipzig, Hamburg und Berlin zu gemeinsamen Störaktionen verabreden wollen.

Sie schöpfen aus geheimen Quellen, sie finden aber eindeutige Informationen auch im Netz.

Auf der linksradikalen Website Indy-media, auf der sich Täter offenbar ungestraft zu Brandanschlägen auf Polizeidienststellen, Arbeitsämter und Bundes-

wehrdepots bekennen können, kann jeder nachlesen, wie die linke Gewaltszene plant.

Dort heißt es: „Die Bullen werden aufrüsten. Aber wie auch immer, wir werden noch mehr aufrüsten.“

Sicherheitsexperten interpretieren diese Drohung so: noch mehr Gewalt als in Hamburg.

Beim G20-Gipfel in Hamburg hatte die Stadt ein Desaster erlebt. Weltweit war zu sehen, wie der Schwarze Block teilweise die Straßen beherrschte und wie Polizisten vor den Gewalttätern flohen. Frühzeitige Warnungen und auch Ankündigungen aus der radikalen Szene hatten die verantwortlichen Politiker wenig beeindruckt. Der Hamburger Erste Bürgermeister Olaf Scholz, heute Vizekanzler in Berlin, hatte sich und Deutschland mit der Aussage blamiert: „Wir richten ja auch jährlich den Hafengeburtstag aus.“

Die Linksterroristen wollen ihren Erfolg wiederholen. Die Leipziger müssen mit unerwünschten Besuchern rechnen. Wieder droht eine Verharmlosung der Gefahr, weil Politiker auf dem linken Auge blind sind.



**Fragwürdige Polizeikenner** Sachsens Justizministerin Katja Meier (Grüne) und SPD-Chefin Saskia Esken sind durch Texte aufgefallen

Als in der Silvesternacht linksradikale Täter in Connewitz einen Polizisten schwer verletzt hatten, bekamen die Leipziger aus der Bundeshauptstadt seltsame Reaktionen zu hören.

Ulla Jelpke, früher RAF-nah und inzwischen zur innenpolitischen Sprecherin der Linken aufgestiegen, schob der Polizei eine Mitschuld zu. Sie beklagte „willkürliche Kontrollen von Passanten und martialisches Auftreten behelmter Trupps“.

Die Täter hatten dem Polizisten seinen Helm vom Kopf geschlagen, bevor sie ihn krankenhausreif schlugen.

Eine Ferndiagnose lieferte auch Saskia Esken, die neue Vorsitzende der SPD. Anstatt sich um die Verwahrung eines Stadtteils in Leipzig zu sorgen, fragte sie, ob die Polizei „eine falsche Einsatztaktik“ gewählt habe.

Wenig begeistert ist die Leipziger Polizeiführung auch vom Rückhalt durch die neue Justizministerin in Sachsen. Katja Meier aus der grünen Partei hatte in ihrer Jugend zu einer Zwickauer Punkband gehört, die die Liedzeile sang: „Advent, Advent – ein Bulle brennt, erst eins, dann zwei, dann drei.“

Zu den Texten der gewaltverherrlichen Combo gehörte auch: „Deutschland, du wirst wieder untergehen, und ich werde wie so viele nicht zu dir stehen.“

Katja Meier, heute 40 Jahre alt, erklärt, dass sie die Texte nach über 20 Jahren inhaltlich nicht mehr teile. Trotzdem ist es erstaunlich, was für Menschen bei uns in Positionen mit gesellschaftlicher Verantwortung aufsteigen können.

FOCUS-Gründungschefredakteur Helmut Markwort ist seit November 2018 FDP-Abgeordneter im Bayerischen Landtag.

Fotos: imago, Screenshot/WDR